Beantwortet von

ÖDP Ratsherr Franz Pohlmann

**2. Wohnen – Fragen vom: Mieter/innen-Schutzverein**

**www.muenster.org/mieterverein**

*Frage 1: Würden Sie sich im Rat dafür einsetzen, dass es in bestimmten Stadtteilen ein Umwandlungsverbot von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gibt?*

Nein! Eigentum verpflichtet und ist in Deutschland ein hohes Gut, in das die Politik nicht ohne Not eingreifen sollte. Not besteht in meinen Augen selbst in Münster nicht: Die durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche je Einwohner hat sich in NRW seit den 50er Jahren verdreifacht. Wir haben kein Wohnraumproblem, allenfalls ein Wohnungsproblem. Die ÖDP setzt sich im Rahmen des demografischen Wandels für ein Umdenken ein: Alternative Wohnprojekte, generationsübergreifendes Wohnen oder Initiativen wie „Wohnen für Hilfe“ gehören gestärkt. Zudem lässt sich bezahlbarer Wohnraum nur durch die zur Verfügung Stellung von Wohnraum schaffen und nicht durch Verbote und ordnungspolitische Regelungen. Nachhaltige Lösungen des zweifellos akut bestehenden Problems erfordern Kreativität im Rahmen eines Umdenkprozesses in Politik und Gesellschaft. So wünscht sich die ÖDP ein Förderprogramm für Wohnungs- und Hauseigentümer, die neue Wohnungen im Bestand schaffen.

*Frage 2: Das Jobcenter übernimmt für ALGII-Bezieherinnen nur dann die Miete, wenn sie innerhalb der sogenannten "Angemessenheitsgrenzen" liegt. Würden Sie sich im Rat dafür einsetzen, zu untersuchen, ob es für diesen Personenkreis überhaupt möglich ist, eine Wohnung in Münster zu finden, und falls ja, wie lange die Suche in der Regel dauert?*

Eine Regelung zum angemessenen Wohnraum für ALG2 Bezieher muss es mit Sicherheit geben. Ob die Angemessenheitsgrenzen für Münster wirklich angemessen und realistisch sind müsste in der Tat einmal untersucht werden. Wie ich aber schon bei der Beantwortung der ersten Frage klargestellt habe, lehnt die ÖDP ordnungspolitische Eingriffe ab. Wir möchten einen gesellschaftlichen Wandel befördern, der den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt und nicht den Kommerz. Wenn Egoismus und Individualismus wieder hinter den Gemeinsinn zurücktreten, ließe sich auch dieses Problem lösen.

*Frage3: Sollte Ihres Erachtens das städtische Wohnungsunternehmen Wohn- und Stadtbau finanziell gestärkt werden, indem die Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt Münster reduziert wird?*

Die Fragestellung ist irreführend. Die Aufgabe der Wohn- und Stadtbau besteht in erster Linie darin, für den Bau bezahlbaren Wohnraums zu sorgen. Für die Wahrung dieser Aufgabe ist sie sehr gut aufgestellt. Die Gewinnabführung des Unternehmens an den städtischen Haushalt hat nichts mit seiner Leistungsfähigkeit zu tun. Die Eigenkapitalausstattung reicht allemal, um sich am Markt mit günstigen Investitionskrediten zu versorgen. Die Gewinnabführungen sind ein wichtiger Baustein im städtischen Haushalt, mit dessen Hilfe unter anderem auch soziale Standards gehalten werden. Insofern ist schon die Frage falsch: Das eine hat mit dem anderen wenig bis gar nichts zu tun. Nichtsdestotrotz sind städtische Wohnbauunternehmen und Wohngenossenschaften wichtige Bestandteile des Marktes.